

Antrag an die Mitgliederversammlung der LINKEN Neukölln

Daniel Kipka-Anton (BO Süd)
Yaak Pabst (BO Sonne)

DIE LINKE: Niedrig-Inzidenz-Strategie statt Durchseuchung! Menschen vor Profite

Die Berliner Landesregierung beteiligt sich an der Hoch-Inzidenz-Strategie der Bundesregierung. Die Strategie der »kontrollierten Durchseuchung« halten wir für falsch und gefährlich. Sie widerspricht außerdem den Beschlüssen der LINKEN. DIE LINKE hat sich auf dem letzten Parteitag für eine Niedrig-Inzidenz-Strategie ausgesprochen. Der Parteivorstand hat dies im Beschluss vom 12. April 2021 konkretisiert.¹

Doch anstatt sich im Senat für diese Linie stark zu machen, trägt DIE LINKE Berlin die Strategie der »kontrollierten Durchseuchung« mit. Wir fordern als Bezirksverband Neukölln eine Kurskorrektur.

DIE LINKE muss sich einsetzen für:

- **Kostenlose regelmäßige PCR-Coronatests für alle**

Wir fordern den massiven Ausbau der Testkapazitäten für PCR-Test und die kostenlose Bereitstellung dieser für alle bis Juli 2023. Die bisherigen Testkapazitäten sind viel zu wenig, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. DIE LINKE fordert den Ausbau der PCR-Kapazitäten für Massentests auf mindestens 900.000 pro Woche in Berlin bis Ende Februar 2021. Der Zugang zu Tests muss erleichtert werden. Risikogruppen, wie Beschäftigte in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Assistenz, Kitas und Schulen, bei der Post oder Paketzustellern müssen vor jedem Schichtbeginn kostenfrei, durch geschultes Personal getestet werden. Der Ausbau der Kapazitäten kann auch durch sogenannte Pooling-Strategien erreicht werden (flächendeckende PCR-Lolli-Test an den Schulen und in der Arbeitswelt). Testungen müssen für die Arbeitgeber verpflichtend sein und die Kosten von den Arbeitgebern getragen werden.

- **Rücknahme der Quarantäneregeln mit verkürzte Quatantänezeit und heraustesten mit Schnelltest**

Wir fordern, dass die beschlossene Verkürzung der Quarantänezeit und die Ausnahme für die Quarantäne für Geboosterte zurückgenommen wird. Auch Dreifachgeimpfte können sich durch Corona anstecken und den Virus weiterverbreiten. Es gibt für die Verkürzung aus Seuchen-Präventionssicht keinen Grund. Zweck ist einzig, den Bedarf an Arbeitskraft sicherzustellen und den kapitalistischen Normalbetrieb aufrecht zu erhalten. Geboosterten ist es so nicht einmal möglich Freiwillig in Quarantäne zu gehen, da sie von ihren Arbeitgeber*innen gezwungen werden können zur Arbeit zu kommen. Außerdem fordern wir, dass zum heraustesten aus der Quarantäne nur mit PCR-Test möglich ist.

- **Schulen brauchen Niedrig-Inzidenz**

1

<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand/detail/menschen-vor-pr-ofite-fu%CC%88r-einen-strategiewechsel-in-der-pandemiebekaempfung/>

Wir fordern, dass sich die Berliner Landesregierung für den gesundheitlichen Schutz von Lehrenden, Schüler:innen und Eltern einsetzt. In Deutschland sind erst 10 Prozent der Kinder unter 12 Jahren geimpft, in Berlin ist die Quote nicht höher. Trotzdem sollen Schulen und Kitas nach dem Plänen der Landesregierung mit aller Konsequenz offen gehalten werden. Das ist falsch und gefährlich. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft knüpft zu Recht die Frage des Schulbetriebs an ausreichenden Infektionsschutz für Schüler:innen und Lehrkräfte. In allen Wellen waren die Schulen ein Ort massiver Ausbreitung der Infektionen. Dies wiederholt sich jetzt, mit verheerenden Konsequenzen für die Betroffenen. Wir begrüßen die Aussetzung der Präsenzpflicht in Berlin. Allerdings ist die jetzige Regelung schlecht, weil die Entscheidung individualisiert wird. Die Aussetzung der Präsenzpflicht, macht vor allem dann Sinn, wenn auch das Lernen im Homeschooling für alle möglich ist. Ohne eine solche begleitende Maßnahme, werden Eltern alleine gelassen und der gesundheitliche Schutz, sowie das Recht auf Bildung von Kindern wird auf ihrem Rücken abgeladen. Ziel muss die Senkung der altersspezifischen Inzidenz auch in der Schul- und Familienpolitik sein. Dazu gehört ein wirksamer Infektionsschutz in allen Kitas, Schulen und anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, durch kleinere Klassen, Luftfilter oder andere Maßnahmen. Wir fordern PCR-Lolli-Test an allen Bildungseinrichtungen. Bildung und Lernen sind wichtiger als Prüfungen. DIE LINKE ruft Eltern, Schüler:innen sowie Lehrkräfte auf ihre Interessen nach Bildungsgerechtigkeit und gesundheitlichem Schutz auch durch Proteste auf der Straße gemeinsam durchsetzen: Schule braucht eine Niedrig-Inzidenz-Strategie.

- **Soziale Absicherung für alle statt Milliardengeschenke an Konzerne**

Wir fordern, dass sich die Berliner Landesregierung für die Ausweitung und Erhöhung des Kurzarbeitergelds und der Grundsicherung einsetzt. Freischaffende und Selbstständige brauchen ein schnelles Überbrückungsgeld, welches nicht nur Betriebskosten, sondern auch die Lebenshaltungskosten bezuschusst. Werden Schulen und Kitas geschlossen, müssen Eltern für den gesamten Zeitraum ein auf 90-prozentiges erhöhtes Corona-Kinderkrankengeld erhalten. Bei Unternehmen, die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, fordern wir eine Arbeitsplatzgarantie und Tariftreue. Weitere Bedingungen für staatliche Hilfen sind: keine Dividendenausschüttung, keine Boni und Obergrenzen für Managergehälter.

- **Wirksamer Infektionsschutz in der Arbeitswelt statt Appelle an die Unternehmen**

Unternehmen müssen pro-aktiv nachweisen, dass in den Betrieben die AHA-Regeln, Maskenpflicht und Arbeitsschutz einhalten. Ab einer 7-Tage-Inzidenz von über 20/100.000 Einwohner müssen Betriebe verpflichtet werden, Home-Office zu ermöglichen - und umgekehrt nachweisen, wenn Home-Office nicht möglich ist. Eine Homeoffice-Regelung für nur 50 Prozent der Belegschaft ist nicht ausreichend. Bei Nichteinhaltung müssen hohe Geldstrafen verhängt werden. Beschäftigte aus besonderen Risikogruppen (u.a. Beschäftigte über 60 Jahre) sollten in Bereichen, in denen kein dauerhaftes Home-Office möglich ist, das Recht haben mit einem Kurzarbeitergeld von 100 Prozent freigestellt zu werden. Auftretende Personalengpässe müssen durch eingeschränkten Betrieb oder mehr Personal aufgefangen werden, Überstunden mit gesetzlichen Zuschlägen bezahlt werden.

- **Mehr Personal in Gesundheit und Pflege statt Privatisierung von Krankenhäusern**

Die durch das Coronavirus ausgelöste Krise trifft die Gesellschaft auch deshalb so hart, weil der öffentliche Sektor jahrzehntelang kaputtgespart wurde. Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich muss sofort und nachhaltig ausgebaut werden. DIE LINKE in Berlin fordert ein Sofortprogramm für mehr Personal und höhere Löhne. Das Profitstreben im Gesundheits-

und Pflegebereich gefährdet die kollektive Gesundheit. Wir verlangen die Rücknahme bisheriger Privatisierungen und Schließungen. Die Finanzierung von Krankenhäusern über Fallpauschalen muss durch eine solidarische Finanzierung des Bedarfs ersetzt werden. Wir fordern eine sofortige Auszahlung einer Corona-Prämie für alle Beschäftigten im Gesundheitsdienst

- **Freigabe der Patente und Tempo beim Impfen erhöhen statt auf den Markt setzen**

Die Pandemie kann nicht in einzelnen Ländern oder Kontinenten bekämpft werden, sondern nur global. Auch deshalb müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ärmeren Ländern den Zugang zu Impfstoffen zu ermöglichen. Es ist nicht hinnehmbar, dass staatliche Impfstrategien abhängig sind von Profitinteressen und Kapazitäten privater Pharmaunternehmen. DIE LINKE fordert, die Freigabe von Patenten, um die Produktionskapazitäten für Impfstoffe im In- und Ausland zu erhöhen. Wir fordern, dass sich die Berliner Landesregierung für diese Freigabe bei der Bundesregierung einsetzt. Impfstoffe müssen globales Gemeingut werden.

Begründung:

Die Corona-Pandemie ist außer Kontrolle. Regelmäßig steigen die Fälle der Neuinfektionen auf Rekordhöhen an. Am 19.01.2022 139.000 wurden Fälle innerhalb von 24 Stunden gemeldet.

Bundesregierung und die Regierungen der Länder reagieren darauf mit der Verkürzung der Quarantäne-Zeiten. Geboosterte dürfen überhaupt nicht mehr in Quarantäne gehen, sondern erst wenn ein positives Testergebnis vorliegt. Dies, obwohl auch Geboosterte sich selbstverständlich anstecken und die Viren verbreiten können. Andere dürfen sich teilweise nach 7, teilweise nach 5 Tagen raustesten. Und das sogar mit Schnelltests, die wesentlich ungenauer sind und deren Nutzen für die Erkennung von einer akuten Infektion mit Omikron, aber auch mit anderen Virus-Versionen, in Frage stehen. Gleichzeitig werden die Zugänge bei PCR-Tests, und das ausgerechnet auf Antrag durch eine Landesregierung in Berlin, bei der die LINKE an der Regierung beteiligt ist, rapide eingeschränkt. PCR-Tests, die die einzigen wirklich sicheren Testdaten liefern, sind nun für immer weniger kostenlos. Niemand im Bezug von Sozialtransferleistungen kann es sich leisten, die Preise von um die 80 € bei den meisten Teststationen zu leisten. Auch ein Durchschnittsverdiener*in kann sich unmöglich die Anzahl von PCR-Test aus eigener Tasche leisten, die eigentlich notwendig wären, um sicher durch den Monat zu kommen.

Die Verkürzung der Quarantäne-Zeiten, ebenso wie die krampfhaftige Offenhaltung der Schulen, haben klar den Zweck den Weiterbetrieb des kapitalistischen Normalbetriebs zu ermöglichen. Die Einschränkungen die es gibt treffen in der Regel insbesondere kleinbürgerliche Betriebe und schränken ihnen ihre Kundschaft ein, so dass für viele Corona zu einer Existenzfrage wurde. Es ist zu vermuten, dass insbesondere diese Gruppe eine hohe Affinität zu der so genannten „Querdenken“-Bewegung aufweist und insbesondere am Anfang der „Bewegung“ den Kern dieser Proteste, die nun stark auch von Nazis wie der der Dritte Weg, NPD, der Identitären Bewegung oder der AfD durchgesetzt ist, die insbesondere in Ostdeutschland bereits eine Führungsrolle übernommen haben, ausmachen.

Allen anderen Unternehmen hingegen bekommen, durch die Verkürzung der Quarantänezeiten und die Verunmöglichung für Geboosterte in Quarantäne zu gehen, die Arbeitskraft sichergestellt, die sie für den Weiterbetrieb benötigen. Die Offenhaltung von Schulen und Betreuungseinrichtungen, obwohl sie sich teilweise zu Hotspots von Corona

entwickeln, haben den Zweck den Eltern der betroffenen Kinder zu ermöglichen, Ihre Lohnarbeit ungehindert von Betreuungspflichten wahrzunehmen. Schon ab den ersten Lockdowns wurde vor allem die Freizeit der Menschen beeinträchtigt, während Regeln und Einschränkungen für Betriebe erst sehr stark zeitverzögert kamen und nahezu überhaupt nicht kontrolliert wurden. Die Corona-Politik hat klar eine Klassen-Dimension, die sowohl Teile des Kleinbürgertums in seiner Existenz bedroht, als auch immer wenn möglich der Klasse der Lohnabhängigen das gesundheitliche Hauptrisiko aufbürdet. Insbesondere die ärmsten unserer Gesellschaft infizieren sich erwiesenermaßen häufiger und haben im Durchschnitt deutlich schwerere Verläufe.

Um die Pandemie einzudämmen wurde in letzter Zeit fast durchgängig nur noch auf die Strategie des Impfens gesetzt. Eine wirkliche Infrastruktur für das Impfen aufzubauen hat hingegen Monate gedauert. Zwischenzeitlich gab es Impfstoffmangel und offensichtliche Planlosigkeit hinsichtlich einer Strategie. Es wurde viel zu spät etwas dafür getan, Impfen möglichst niedrigschwellig zu ermöglichen. Noch weniger wurde getan, um niedrigschwellige Kampagnen zu fahren, um marginalisierte Gruppen oder Menschen mit auf Unwissen beruhenden Vorbehalten zu erreichen und aufzuklären. Statt also die Grundlage für eine möglichst hohe Impfquote durch Aufklärung, Überzeugung und die Bereitstellung niedrigschwelliger Angebote passend für z.B. in Schichtarbeitende oder Menschen zu schaffen, die mehrere Jobs brauchen und zu Hause Pflege und Erziehungsarbeit leisten müssen, wird seit Monaten im öffentlichen Diskurs eine Impfpflicht diskutiert, die immer noch nicht kommt und bei der es zweifelhaft ist, ob sie praktisch durchgesetzt werden kann. Ebenfalls wurde es vollkommen versäumt Testkapazitäten aufzubauen. Momentan müssen potenziell infizierte Stundenlang mit anderen in einer Schlange stehen und auf ihre PCR-Test warten. Es wurde versäumt, genügend PCR-Testmöglichkeiten bereit zu stellen und für steigende Inzidenzen vorzusorgen. Bereits vor der Einschränkung des Zugangs zu PCR-Test, gab es derer eindeutig zu wenig.

Nicht zuletzt wurden die Impfstoffe gegen Corona mit hunderten Millionen Steuergeldern subventioniert, nun um jetzt dem Privaten Pharma-Kapital als langfristige sichere Profitquelle zur Verfügung zu stehen. Die Bereitstellung von Impfstoffen wird völlig der Logik der Profitinteressen überlassen, was unter anderem dazu führt, dass bis heute nicht genügend Impfstoff für die ärmeren Teile der Welt zur Verfügung steht. Die Patente werden nicht freigegeben, damit das Pharma-Kapital weiter Profite erwirtschaften kann. Gleichzeitig werden dadurch die Umstände geschaffen, unter denen sich weitere Variationen des Sars-Cov-2-Virus entwickeln und verbreiten können und die Pandemie sich ständig verlängert.